2005, Ausgabe Nr. 10

01.12.2005

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Kinder auf ihrem Bildungsweg stärken
GRÜNE fordern mehr Haushaltsdisziplin

Grüner Haushaltsvorschläge:

- Mit dem **„Familienfonds“** soll der politischen Gestaltungsspielraum trotz Haushaltssperre erhalten werden. Schwerpunkte liegen in flexiblen Kinderbetreuungsangeboten und in Gesundheits- und Bewegungsförderung.
- Ein gebührenfinanzierter **Fördertopf für Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen** soll eine nachhaltige Wasserwirtschaft unterstützen.
- **Verwaltungsstrukturen** sollen der Finanzsituation angepasst und Dienststellen ohne Publikumsverkehr ausgelagert werden.
- Nicht zwingend erforderliche Investitionen, wie eine **Neubestuhlung der Stadthalle**, werden in Folgejahre verschoben

"Wir wollen Leistungen sichern und nicht Strukturen", fasst Mario Herrmann das Ergebnis der Haushaltsberatungen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zusammen. Aufgabe von Politik müsse es sein, die städtischen Organisationen so aufzustellen, dass sie auch zukünftig ihre Dienstleistungen für den Bürger erbringen könne.

"Mit 86 Millionen Euro Schulden im Nacken haben wir der Versuchungen widerstanden, politische Ziele für das Jahr 2006 über Haushaltstellen zu definieren", formuliert der grüne Fraktionsvorsitzende, nicht ohne damit auch die Mehrheitsfraktion von SPD und BIG in die Kritik zu nehmen. Mit ihren "sinnlosen und inhaltsleeren" Phantasiebeträgen habe die SPD den letzten Haushalt unnötig aufgebläht. 1.000 Euro für eine Machbarkeisstudie zur Beleuchtung der Marathonbahn oder 20.000 Euro zur "Entwicklung alternativer Finanzierungskonzepte" zählen die Grünen beispielhaft für solche "sozialdemokratischen Luftnummern" auf.

Genügend Handlungsspielraum für ihre politischen Schwerpunktsetzungen sehen die Grünen im Fonds für Familien, der Anfang des Jahres mit den Stimmen aller Fraktionen gebildet wurde und laut Haushaltsentwurf 2006 erneut um 150.000 Euro aufgestockt werden soll. „Diese Gelder dürfen nicht wie bislang nach dem Windhundprinzip schnellstmöglich verbraten werden“, fordert Herrmann für seine Partei. Alle durch den Fonds investierten Gelder müssten nachhaltig wirken und dürfen nicht nur kurz wie ein Strohfeuer aufflackern. Schwerpunkte wollen die Grünen bei flexiblen Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen, der kindlichen Gesundheitsförderung und der Förderung des sozialen Engagements von Jugendli-

(Fortsetzung auf Seite 2)

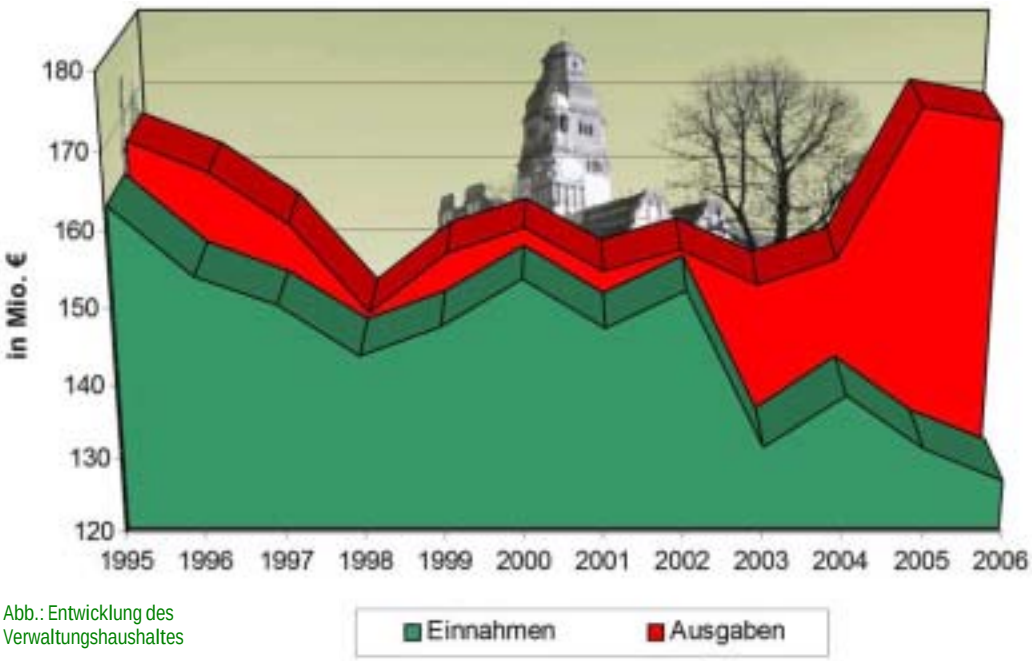

Abb.: Entwicklung des Verwaltungshaushaltes

Impressum

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
info@gruene-gladbeck.de

Eckdaten zum Haushaltsentwurf 2006

- Die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes scheren weiter auseinander (siehe Abb. zuvor). **Ausgaben** in Höhe von 169 Mio. Euro stehen **Einnahmen** von knapp 127 Mio. Euro gegenüber
- Der **Fehlbetrag** beläuft sich damit auf 42 Mio. Euro
- Die städtischen **Schulden** werden sich Ende 2006 auf 83 Mio. Euro belaufen
- Damit ist jede Bürgerin / jeder Bürger mit 1.081 Euro verschuldet
- Es sollen neue Kredite in Höhe von gut 5 Mio. Euro aufgenommen werden
- 23 Prozent der Ausgaben werden den **Personalkosten** zugeschlagen; bereits 22 Prozent macht die **Kreisumlage** aus
- Das Volumen des Vermögenshaushaltes steigt um etwa ein Viertel gegenüber 2005 u.a. aufgrund einer **erhöhten Investitionstätigkeit** (Ausbau der Horster Straße, Bau des Feuerwehrgerätehauses Brauck, Rückbau Schwechater Straße etc.)

Eine Menge Kleingeld fehlt inzwischen in den städtischen Kassen...

(Fortsetzung von Seite 1)

chen setzen. Mit Früherkennung, gesunder Ernährung und ausreichend Sport und Bewegung wollen sie Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungsweg ausreichend stärken.

Im Umweltschutz wollen die Grünen die kommunalen Zuschüsse für Solarkollektoren auf dem Niveau der Vorjahre einfrieren. Die von der Verwaltung vorgesehene Kürzung der Mittel um 30 Prozent lehnen die Grünen jedoch ab. "Gerade in Zeiten steigender Energiepreise müssen wir unsere Bürger dabei unterstützen, unabhängig vom Öl zu werden", so Herrmann. Die Mittel werden außerdem in Zukunftstechnologien investiert, mit denen das wirtschaftliche Profil der Region als Energiestandort gestärkt wird. Einsparungen bei den Entwässerungskosten wollen die Umweltpolitiker für ein kommunales Förderprogramm für Entsiegelungs- und Bepflanzungsmaßnahmen nutzen. Haushaltsneutral könne man hier 85.000,- Euro bereitstellen und damit Vorkehrungen gegen weitere Überschwemmungen bei starken Niederschlägen treffen.

Auf den drastischen Einbruch der Kommunalfinanzen müsse man durch Anpassung der Verwaltungsstrukturen reagieren, so die Grünen. Dienststellen ohne unmittelbaren Bürgerkontakt könnten ausgelagert und mit anderen Städten oder dem Kreis zusammen gelegt werden. Die Grünen greifen

Haushaltsdisziplin

damit ihren bereits im letzten Jahr geäußerten Vorschlag auf, das Rechnungsprüfungsamt der Kreisverwaltung zuzuordnen. Auch für den Gutachterausschuss oder die Lohnbuchhaltung böte sich eine interkommunale Zusammenarbeit an. Der mit den Gewerkschaften ausgehandelte Tarifvertrag sehe explizit die Möglichkeit vor, Personal an andere Dienststellen zu "entleihen".

Die Neubestuhlung für die Stadthalle, Tischmikrofone für den Ratssaal und die Computerkunstausstellung setzen die Grünen auf die Prüfliste. "Vieles ist zwar wünschenswert, aber einfach nicht mehr verantwortbar", so Herrmann. Jeder müsse sich ernsthaft fragen, ob die vorhandenen Stühle in der Stadthalle tatsächlich so erneuerungsbedürftig seien, dass dies Ausgaben in Höhe von insgesamt 150.000 Euro in den kommenden Jahren rechtfertige.

Von der Haushaltsdisziplin der rot-rot-bürgerlichen Mehrheitsfraktion aus SPD, Kommunisten und BIG machen es die Grünen abhängig, ob sie dem Haushalt zustimmen. "Auch mit Gutachten könne man Bürger in die Armut treiben", kommentiert Herrmann das Millionenfeuerwerk der Kommunisten. Mit Sorge verfolge man Aussagen selbst bei den Sozialdemokraten, dass es mit Blick auf den Schuldenberg auf eine Millionen mehr oder weniger nun auch nicht mehr ankäme. Die Bildung einer Finanz- und Strukturkommission sei ein Minimum an Zugeständnis, das der SPD abverlangt werden müsse.

„Mit Sorge verfolgen wir Aussagen selbst bei den Sozialdemokraten, dass es mit Blick auf den Schuldenberg auf eine Millionen mehr oder weniger nun auch nicht mehr ankäme.“

Grüner Vorschlag: „Kommunales Entsiegelungsprogramm“

- Durch zunehmende Bautätigkeit schreitet auch in Gladbeck die **Bodenversiegelung** fort. Der Boden kann damit nicht mehr seine natürliche **Speicher– und Filterfunktionen** wahrnehmen. Anfallendes Regenwasser kann vielfach nicht mehr versickern, sondern wird über die Kanalisation abgeführt und belastet die kommunalen Entwässerungssysteme.
- Jeder Grundstückseigentümer muss daher für bebaute Flächen eine **Niederschlagswassergebühr** von bislang 68 Cent pro Quadratmeter entrichten.
- Laut **Gebührenvergleich des Bundes der Steuerzahler** war 2005 nur in 16 von 395 NRW-Gemeinden die Entwässerungsgebühr geringer als in Gladbeck.
- Statt die Niederschlagswassergebühr um 2 Cent / qm zu senken, wollen wir die frei werdenden Mittel in Höhe von rd. 85.000 Euro für ein **kommunales Förderprogramm** für Entsiegelungs– und Begrünungsmaßnahmen nutzen.
- Fördern könnte man u.a. die Renaturierung versiegelter Flächen, Versickerungsanlagen, die Nutzung von Zisternen, die Regenwassernutzung, Dachbegrünungen etc.

Die „Zuführung des Niederschlagswassers zur belebten Bodenzone“ soll mit einem Förderprogramm für Entsiegelungsmaßnahmen unterstützt werden.

Warum wird der Ordnungsdienst nicht intern besetzt?!

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005 hat der Rat mehrheitlich beschlossen, drei Stellen für einen so genannten Ordnungsdienst einzuplanen. Es bestand die einvernehmliche Zielsetzung, die Stellen nicht zusätzlich, sondern durch interne Umstrukturierung zu schaffen. Noch in der Ratssitzung machte Bürgermeister Roland die Zusage - auch vor dem Hintergrund der langjährigen Bemühungen, die Personalkosten zu reduzieren - eine interne Besetzung zu forcieren. Zudem wurde über die Möglichkeiten einer Stellenbefristung debattiert, um das neue Konzept des Ordnungsdienstes in den kommenden Jahren zunächst zu erproben.

Nach Presseberichten stieß eine interne Ausschreibung jedoch nicht auf die gewünschte Resonanz, so dass die Stellen nun extern ausgeschrieben wurden. Da möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einer Anfrage gerne nachhaken: "Uns erscheint es wenig plausibel, dass sich unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung keine Bewerber mit den nötigen Voraussetzungen befanden", meint Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat. "Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Stadt für solche Experimente kein zusätzliches Geld hat und dass eine Besetzung durch 1-Euro-Jobs, gerade durch die damit verbundene Qualifizierung, der bessere Weg gewesen wäre." Völlig inakzeptabel jedoch sei, dass die Stellen nun extern ausgeschrieben und sogar mit einem üppigen Salär ausgestattet werden - letzteres böte schließlich auch eine Aufstiegsmöglichkeit für die hausinternen Bewerber.

"Wenn man sich auf vorbeugende Arbeit wie das Aufsuchen von Jugendlichen auf Sportplätzen konzentrieren will, ist es immer besser, speziell in der Jugendarbeit vorgebildete Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen einzusetzen", erläutert Simone Steffens, grüne Vertreterin im Jugendhilfeausschuss. Auch eine vorläufige Befristung der Stellen wäre sinnvoll gewesen: "Es ist ja noch gar nicht ausgemacht, dass dieser Ordnungsdienst wirklich die gewünschten Ergebnisse bringt, da wäre eine Zwischenbilanzierung für die politischen Vertreter durchaus angemessen."

Schließlich werden im Rahmen des "Gladbecker Bündnisses für Familie - Erziehung, Bildung, Zukunft" bereits kleine feine Projekte angelegt, die auf Sprachförderung, Bildung und Integration in Kindergärten und Schulen setzen. Hiervon versprechen sich die Grünen inhaltlich mehr - bei teilweise sogar weniger Kosten.

→ **zur Anfrage**

Zusätzliche Ordnungskräfte um „informelle Jugendtreffs“ aufzulösen?!

„Im Umgang mit Jugendlichen ist es immer besser auf Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen zu setzen!“

Gladbeck spart 40.000 Euro jährlich durch Elektroschrott

Bislang waren nur die Kommunen dafür zuständig, alte Elektro- und Elektronikgeräte einzusammeln und zu entsorgen. Doch ab dem 24. März 2006 müssen die Hersteller die an kommunalen Sammelstellen abgegebenen Geräte in eigenen Behältern zurücknehmen und entsorgen. Das sieht das neue Elektro- und Elektronikgerätegesetz vor, das am 24. März 2005 in Kraft getreten ist.

Zu der Umsetzung des "Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten" in der Stadt Gladbeck haben die Gladbecker Grünen im September eine Anfrage gestellt und nun die Antwort von der Verwaltung erhalten. Vor Inkrafttreten des Gesetzes erfolgte die Entsorgung des Elektroschrotts durch den Kreis Recklinghausen. Für die dabei anfallenden Kosten musste bisher der Zentrale Betriebshof aufkommen und diese auf den Bürger in Form von Abfallgebühren umwandeln. Nach Inkrafttreten des Gesetzes liegt die Verantwortung der Entsorgung und die dadurch anfallenden Kosten bei den Herstellern der Elektro- und Elektronikgeräte. Das dürfte zu einem sorgsameren Umgang mit Rohstoffen und Ressourcen von Seiten der Hersteller führen: "In Deutschland wächst der Berg ausrangierter Elektrogeräte jährlich um 4 Prozent, aber nur 20 Prozent des gesamten Elektronikmülls werden getrennt gesammelt und verwertet", so Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender der Gladbecker Grünen. "Und für Gladbeck lässt sich festhalten, dass allein der Abfall an Unterhaltungselektronik von fast 22 Tonnen im Jahr 1995 auf mittlerweile über 80 Tonnen in 2004 angewachsen ist!"
Der immer schnellere Fortschritt gerade im Bereich von Multimedia und Fernsehen führt zu einem ebenso schnellen Wechsel in der heimischen Ausstattung, vieles davon landet jedoch leider im Hausmüll. "Jeder getrennt abgegebene DVD-Player und jeder ausrangierte Elektrobohrer, der in die am ZBG vorgehaltenen Sammelbehälter entsorgt wird, hilft der Stadt Gladbeck in Zukunft, Geld zu sparen", empfiehlt Bernd Lehmann, Mitglied im Umweltausschuss. "Schon jetzt ist nach Angaben des ersten Beigeordneten Dr. Andriske mit einer jährlichen Einsparung von etwa 40.000 Euro zu rechnen, die nicht mehr an den Kreis abgeführt werden müssen."
Also möchte die Stadtverwaltung die Gladbecker Bürgerinnen und Bürger noch stärker für die getrennte Sammlung sensibilisieren, weil hierdurch Spareffekte erzielt werden können.

→ **zur Anfrage**

Für die Entsorgung von Elektroschrott muss jetzt der Hersteller aufkommen!

Geplante Waldrodung wurde über ein Jahr lang diskutiert!

Zu den Artikeln „Ärger um Musikschulwald“ und „Keine ökologische Katastrophe“ vom 18.11.2005 nimmt Bernd Lehmann, Ratsherr der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wie folgt Stellung:

Die Verwunderung der BIG-Vertreter über die Baumfällaktion der Viterra im Musikschulwald wirft zwei Fragen auf: 1. Weiß die BIG, über was sie im Rat und den Ausschüssen als gewählte Vertreter der Bürgerschaft abstimmt? Und 2.: Nutzt die BIG Ihre Stimme im Rat, um Fehlentwicklungen im Vorhinein zu korrigieren, anstatt sie im Nachhinein öffentlich anzuprangern?

Erst vor wenigen Wochen hat der Rat am 20. Oktober die rechtliche Grundlage für die Bebauung am Bernskamp und die Rodung des Waldteilstückes geschaffen. Der Beschluss hierzu erfolgte mit den Stimmen der kompletten BIG-Ratsfraktion, also mit Zustimmung der Herren Plantenberg und Kruse. Bereits während des Bauleitverfahren, mit dem sich der Bauausschuss seit März 2004 beschäftigt, hat das Forstamt Recklinghausen schriftlich davor gewarnt, dass mit dem vom Ausschuss verfolgten Verfahren, „Vernichtung von ‚Grün’ nicht nur wesentlich erleichtert würde, sondern [...] auch der Kompensationspflicht entzogen würde.“

Wiederholt habe ich im Bauausschuss und gegenüber der Bauverwaltung Ausgleichsmaßnahmen für den Umwelteingriff im Musikschulwald gefordert, fand hierfür jedoch keine Mehrheit. Auch BIG-Ratsherr Plantenberg hielt weitere Umweltschutzmaßnahmen für nicht erforderlich, obwohl diese gesetzlich vorgeschrieben sind.

Herrn Ochlast vom Gladbecker Naturschutzbund habe ich auf seine Möglichkeit hingewiesen, innerhalb der Bürgerbeteiligung zu dem geplanten Bauvorhaben Stellung zu nehmen. Diese Möglichkeit hat er leider nicht wahrgenommen.

In Zukunft hoffe ich, dass die BIG-Vertreter Eingriffe in die Natur und deren Ausgleich bereits während der Behandlung in den politischen Gremien kritisch begleiten, anstatt sich populistisch und scheinbar ahnungslos nur presse-wirksam ablichten zu lassen. Auf letztgenannte „ Umweltaktivisten“ kann Gladbeck nämlich getrost verzichten.

→ **weitere Infos im Netz**

Teile des Musikschulwaldes hat Viterra ohne Umweltausgleich gefällt.

Gemeinsam gegen AIDS! Welt-Aids-Tag 2005

Welt-Aids-Tag 2005. Immer mehr Menschen erkranken an Aids, die Zahl der Aids-Toten steigt dramatisch. Die Aids-Prävention muss intensiviert und neu justiert werden. Jede Generation muss neu für die HIV-Prävention gewonnen werden. (→ weitere Infos im Netz)

„Wir übernehmen Verantwortung! Für uns selbst und für andere!“

Fleischskandal: Ohne Wenn und Aber informieren!

[Berlin] Welches sind eigentlich die wirksamsten Maßnahmen, um den Verbraucherschutz bei Fleischskandalen zur stärken? Einige treten in einen regelrechten Wettbewerb um die längste Liste mit Vorschlägen. Der 20-Punkte-Katalog von Ernährungsminister Seehofer ist ein Prototyp dafür. Die CDU-FDP-Landesregierung in NRW will sich dagegen mit 15 Maßnahmen profilieren.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN werden Minister Seehofer an den von ihm veröffentlichten Informationen messen. Den vollmundigen Ankündigungen müssen Taten und **konkrete Namensnennungen** in einer Internetliste folgen. Welche Produkte sind unter welchen Namen in den Verkauf gelangt? Minister Seehofer darf die schwarzen Schafe nicht länger decken, sondern muss die Öffentlichkeit umfangreich und rückhaltslos informieren. Er muss erklären, wie es zu diesen Skandalen kommen konnte und wie sich jeder Einzelne davor schützen kann. Das wäre eine schnelle und marktgerechtere Bekämpfung des Problems, die mehr Erfolg verspricht als z.B. Meldepflichten oder umfangreiche neue amtliche Vorgaben, die erst mühsam den Behördengang durchlaufen müssen.

Ziel ist der verständige Verbraucher als informierter Marktteilnehmer, der selbstbestimmt seine Entscheidung trifft. Jeder Verbraucher soll grundsätzlich einen **Rechtsanspruch auf freien Zugang zu behördlichen Informationen** haben, die den Schutz von Gesundheit und Sicherheit, der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher oder sonstige erhebliche Verbraucherinteressen berühren. Behörden und Unternehmen sollen verpflichtet werden, verbraucherrelevante Informationen herauszugeben.

Wir brauchen endlich das **Verbraucherinformationsgesetz**, das die CDU/CSU-Union zu Oppositionszeiten bereits zweimal verhindert hat. Wir brauchen keine Bedenkenträger, die in den Abnehmerbetrieben noch Opfer sehen oder erst auf europäische Vorschläge warten wollen. Wir brauchen Verbraucherinformation ohne Wenn und Aber.

→ **weitere Infos im Netz**

Ja! zu gesundem Essen!